

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 2. Februar 2017
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Bürgermeister Dr. Michael Wilke als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg, Bernnat, Cyperrek (als Vertretung Di Prima), Denzer, Escher, Glattacker, Kiefer, Lindemer, Oehler, Pichlhöfer (als Vertretung Vogel), Salach, Sommer, Vogelpohl, Wernthaler, Wiesiollek (bis 19.55 Uhr)
Entschuldigt:	Böhringer, Di Prima, Vogel
Ferner:	Fachbereichsleiterin Eyhorn (bis 17.55 Uhr) Fachbereichsleiterin Staub-Abt Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Sproß (bis 18.50 Uhr) Betriebsleiter Schäfer Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (bis 18.50 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Meier Herr Beuschel, EB Abwasserbeseitigung Herr Dieterle, FB Jugend/Schulen/Sport (bis 18.50 Uhr) Herr Fessler, FB Medien und Kommunikation Herr Furtwängler, Behindertenbeirat (bis 17.55 Uhr) Herr Wenner, FB Bürgerdienste (bis 17.55 Uhr) Herr Wilke, FB Straßen/Verkehr/Sicherheit
Urkundspersonen:	Stadträtinnen Cyperrek und Salach
Schriftführung:	Frau Heinze
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	20.30 Uhr

TOP 1

Jahresbericht des Behindertenbeirats, mdl. Bericht

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und begrüßt hierzu den Vorsitzenden des Behindertenbeirates, Herrn Furtwängler.

Herr Furtwängler berichtet dem Ausschuss über die Projekte, Veranstaltungen und Einbindungen des Behindertenbeirats in Planungen und Vorhaben im Jahre 2016 (Anlage 1). Er verweist auf die Neuwahlen im Juli und bittet das Gremium um Werbung für neue Mitglieder. Des Weiteren bedankt er sich, dass im Zuge der Haushaltskonsolidierung das Budget des Beirats nicht gekürzt wurde.

Alle Fraktionen bedanken sich für den Bericht und loben die Arbeit des Behindertenbeirats als wichtiges Gremium in der Stadt.

Stadtrat Bernnat fragt, wo der Beirat noch Handlungsbedarf in der Stadt sehe. Herr Furtwängler erklärt, dass automatische Türen am Hauptbahnhof, um den Zugang zum Reisezentrum zu ermöglichen, ein großer Wunsch wäre. Des Weiteren sollten „Toiletten für alle“ bei Neubauten berücksichtigt werden. Hinsichtlich des Rathauses spricht er die Markierung von Treppenstufen an.

Von Stadtrat Wernthaler wird darauf hingewiesen, dass die Untere Wallbrunnstraße abfallend verlaufe und auch der Fußweg für Rollstuhlfahrer schwer nutzbar sei. Zudem sollten an Behindertenparkplätzen die Bordsteine, zur Erleichterung für Gehbehinderte, abgesenkt werden. Herr Furtwängler bestätigt, dass abfallende Gehwege ein grundsätzliches Problem für Rollstuhlfahrer sei.

Der Vorsitzende schließt sich dem Dank für die Arbeit des Behindertenbeirats an. Er versichert, dass alles Machbare gern aufgegriffen werde und bekräftigt den Aufruf für die Neuwahl in diesem Jahr.

Stadtrat Pichlhöfer regt an, aus den Finanzmitteln der Radwege die Absenkung der Bordsteine zu bestreiten.

Abschließend bedankt sich Stadtrat Oehler bei der Verwaltung für den behindertengerechten Umbau des Eingangs der Brombacher Ortsverwaltung und bittet, auch den barrierefreien Eingang des Lörracher Rathauses bei Veranstaltungen geöffnet zu lassen.

Sodann nimmt der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales vom Tätigkeitsbericht 2016 des Behindertenbeirats Kenntnis.

TOP 2

Neue Finanzstruktur für Angebote der betreuten Freizeit an Grundschulen zum Schuljahr 17/18

Vorlage: 016/2017

Der Vorsitzende erläutert das Anliegen der Beschlussvorlage.

Fachbereichsleiter Sproß verweist auf die Vorlage des vergangenen Jahres und den interfraktionellen Antrag hierzu. Er erläutert den Finanzierungsvorschlag für Betreuungsangebote an Grundschulen ab dem kommenden Schuljahr (Anlage 2), welchen man nun qualitativ verbessert habe. Der Vorschlag sei der Kommission Jugend, Schulen, Sport und dem Gesamtelternbeirat vorgestellt worden. Eine Masterarbeit solle die Auswirkungen evaluieren. Im Ergebnis wolle man Effizienz, Transparenz und Qualität schaffen.

Stadtrat Kiefer bittet um ein Rechenbeispiel, um die Auswirkungen auf die Höhe der Elternbeiträge besser nachvollziehen zu können. Im Falle der hohen Gehaltsgruppen stellt er die Frage, ob hier nicht die Einstellung von Au-pairs für die Eltern sinnvoller sei.

Stadtrat Bernnat hält es für wichtig, dass die Schulen hinter dem Vorschlag stehen und eine einheitliche Beitragsregelung für alle Grundschulen getroffen werde. Zudem entstehe Verlässlichkeit für die Angebotsträger, die Schulen und die Eltern. Für die Stadt stelle die Neuregelung lediglich eine Umschichtung der finanziellen Beteiligung dar. Daher könne er sich vorstellen, dass das neue Beitragsmodell nun eingesetzt werde.

Stadtrat Berg erklärt, dass die Anregungen des Gemeinderats in der neuen Vorlage aufgegriffen wurden. Er fordert ergänzend ebenfalls ein Rechenbeispiel.

Stadtrat Pichlhöfer schließt sich der Forderung an und bezweifelt, dass hinreichend Betreuungskräfte auf die Schnelle gefunden würden.

Stadtrat Escher verweist auf die noch ausstehende Beratung der Fraktion und darauf, dass nicht alle Eltern die neue Beitragsregelung befürworten würden. Auch halte er die Einkommenshöhe für Höchstverdiener für zu gering.

Stadtrat Dr. Vogelpohl fordert, die Nutzergruppen stärker zu betrachten. Qualität und Verlässlichkeit seien wichtig. Auch ein Pauschalbetrag sei seiner Ansicht nach denkbar.

Der Vorsitzende geht auf die Wortmeldungen ein. Er merkt an, dass eine Ganztagschule das bessere Angebot wäre, wenn ein Kind eine Ganztagsbetreuung erhalten sollte. Bei der damaligen Beschlussvorlage habe man zahlreiche Rechenbeispiele beigefügt, die jedoch aufgrund der unterschiedlichen Beitragsregelungen der Schulen eher verwirrt hätten. Einzelbeispiele könne man aber nochmals zur Verfügung stellen. Der Vorsitzende bittet um konkrete Gegenvorschläge, sollte das vorgesehene Finanzierungsmodell nicht unterstützt werden.

Fachbereichsleiter Sproß ergänzt die Ausführungen. Er weist auf die jetzige Behandlung der Vorlage hin, da die Regelung zum kommenden Schuljahr gelten solle. Zur Verlässlichkeit für die Träger, sei eine Anmeldefrist bis zum 15. Juli vorgesehen. Zudem erwähnt er einen Fragenkatalog des Elternbeirates, den man beantwortet habe.

Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald geht auf die angesprochenen Mittel für die Aufsicht zur Mittagszeit von 12 bis 14 Uhr ein, die bereits vorher bestanden habe. Auf weitere Nachfrage von Stadtrat Escher stellt sie dar, dass die Stadt im aktuellen Haushalt ca. 280.000 EUR für die GS-Betreuung und Bildung aufwende und das auch in den Folgejahren beibehalten werde. Die Stadt spare an diesem Modell nicht. Das Mittagsband an Ganztagschulen ist für die Eltern kostenfrei und wird von der Stadt, aus dem Topf der ca. 280.000 EUR, und teilweise vom Land, als Pauschale, gezahlt. Das Mittagsband in den Ganztagschulen wird bisher auch schon von der Stadt bezahlt und ist in den ca. 280.000 EUR enthalten.

Stadtrat Bernnat macht deutlich, dass es dem Gemeinderat im vergangenen Jahr um eine soziale Staffelung der Beiträge gegangen sei, die nunmehr umgesetzt wurde. Eine Halbtagschule mit einer Ganztagesbetreuung sei nicht die richtige Lösung, hierfür gebe es Ganztagschulen. Bei der aktuellen Beschlussvorlage rede man von einem Höchstbetrag von 320 EUR Monatsgebühr.

Der Vorsitzende verdeutlicht nochmals, dass jede Familie überlegen müsse, welches Betreuungsmodell für sie geeignet sei. Die Stadt biete gute Lösungen hierbei, es sei aber nicht alles machbar. Grundsätzlich sei ein einheitliches Beitragsmodell für alle Grundschulen sinnvoll.

Auf Nachfrage von Stadtrat Pichlhöfer teilt stellv. Fachbereichsleiterin Oswald mit, dass die Auslastung der Halbtagschulen konstant und ein Anstieg bei den Ganztagschulen bis zu 90% Auslastung zu verzeichnen sei.

Hierauf erteilt der Vorsitzende Frau Barth und Herrn Schmiedel aus der Zuhörerschaft das Wort. Frau Barth dankt als Vertreterin des Gesamtelternbeirats der Verwaltung für die Zusammenarbeit und unterstützt die Zielsetzung, als Mutter weist sie jedoch auf die hohe finanzielle Belastung eines durchschnittlichen Zweipersonenhaushalts hin. Herr Schmiedel erklärt, dass das Rechenmodell nicht nachvollziehbar sei und öffentlich besser dargestellt werden müsse.

Der Vorsitzende dankt für die Hinweise und sagt zu, ein aussagekräftiges Rechenbeispiel zur besseren Nachvollziehbarkeit der neuen Beitragsstruktur nachzuliefern.

Sodann stimmt der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales mehrheitlich bei 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen folgender Beschlussfassung zu:

1. Der neuen Finanzstruktur wird wie vorgeschlagen zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die neuen Regelungen zum Schuljahr 2017/18 umzusetzen. Die Eltern und Schulleitungen sind davon nach Beschlussfassung im Gemeinderat in Kenntnis zu setzen.
3. Mit den Kooperationspartnern SAK und Kaltenbachstiftung sind entsprechende Vereinbarungen abzuschließen.
4. Die erreichten Veränderungen hinsichtlich der Qualität der Angebote werden im Laufe des Schuljahres 2017/18 evaluiert. Die Verwaltung wird beauftragt, über die Ergebnisse der Evaluation zu berichten und gegebenenfalls einen Vorschlag zur Nachsteuerung zu machen.

TOP 3

Einführung eines umweltfreundlichen Kaffeebechers

SPD-Antrag vom 20.12.2016

Vorlage: 012/2017

Der Vorsitzende erläutert die grundsätzlich positive Haltung der Verwaltung zu dem gestellten Antrag und verweist auf die personellen Ressourcen des Fachbereichs Umwelt und Klimaschutz. So schlägt man vor, den Antrag nicht weiter zu verfolgen und die Erfahrungsberichte in anderen Kommunen abzuwarten. Gerne unterstütze die Stadt alle Initiativen in der Sache.

Stadträtin Cyperrek dankt für die ergänzenden Worte zu den Ausführungen der Beschlussvorlage. Der grundsätzliche Unterstützungswille der Verwaltung sei erkennbar, der Verweis auf den bereits vorhandenen Mehrwegbecher reiche ihr aber nicht aus. So sollten vielmehr das Projekt der BUND-Ortsgruppe unterstützt und Haushaltsmittel und Personalbedarf im Haushalt 2018 angemeldet werden. Sie wirbt nochmals für das Anliegen des SPD-Antrages und erklärt die Ablehnung der Beschlussvorlage.

Stadtrat Escher teilt mit, dass die CDU-Fraktion andere Prioritäten setze und der Vorlage zustimmen werde.

Stadträtin Wiesiollek dankt der SPD-Fraktion für den Antrag, der einen Einstieg in die Diskussion darstelle. Fraglich sei aber, ob die Initiative für einen umweltfreundlichen Kaffeebecher von der Stadt ausgehen müsse. Die Ablehnung der Verwaltung könne nachvollzogen werden. Sie halte es für sinnvoller, wenn Initiativen der Cafés oder aus der Bürgerschaft unterstützt würden.

Stadtrat Pichlhöfer merkt an, dass Mehrwegbecher mit Pfand bereits bei der Fasnacht verwendet würden und Erfahrungswerte hierzu abgewartet werden sollten.

Der Vorsitzende stellt richtig, dass es sich hierbei nicht um Mehrwegbecher handle und das Thema der Müllvermeidung hiermit nicht behoben werde. Persönlich heiße er auch den umweltfreundlichen Kaffeebecher für gut, er gibt aber nochmals zu bedenken,

dass beim Fachbereich Umwelt und Klimaschutz zwei Projektstellen eingespart wurden und die allgemeinen Themenstellungen bereits arbeitsintensiv seien.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt berichtet, dass man mit dem BUND in Kontakt sei und diesen gerne unterstütze.

Für Stadtrat Escher zeigt die Diskussion, dass das Thema beschäftige, fraglich sei aber, ob es sich hierbei um eine städtische Aufgabe handle.

Stadtrat Berg schlägt vor, Pro Lörrach in der Sache ins Boot zu holen.

Sodann stimmt der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales mehrheitlich bei 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen folgender Beschlussfassung zu:

Der Gemeinderat beschließt den Antrag aus den dargelegten Gründen nicht weiter zu verfolgen.

TOP 4

Straßenunterhaltung; Aktueller Sachstandsbericht 2017 (Stichtag 30.12.2016) über die Anlegung der Straßendatenbank zur Abschätzung des Mittelbedarfs für die Straßenunterhaltung

Vorlage: 018/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und teilt mit, dass der für die Straßendatenbank zuständige Mitarbeiter Heinz Wilke in den Ruhestand gehe und daher letztmalig zu dem Thema im Ausschuss vertreten sei. Er dankt für die geleistete Arbeit.

Fachbereichsleiter Dullisch berichtet von einem Straßennetz mit einer Gesamtlänge von 180 km. Im aktuellen Jahr wolle man den Investitionsschwerpunkt auf die nicht ausgebauten Straßenzüge legen, bei denen nach dem Ausbau der Erschließungsbeitrag erhoben werden könne. Er verweist auf das Straßenverzeichnis in der Anlage der Beschlussvorlage. Gerne könne man über einzelne Einordnungsfälle sprechen. Er schließt sich dem Dank für die Arbeit von Herrn Wilke an.

Alle Fraktionen danken für die Straßendatenbank und die damit verbundene Arbeit. Die Aufbereitung stelle für den Ausschuss ein wichtiges Arbeitsinstrument dar und schaffe Perspektive.

Stadtrat Oehler merkt an, dass man in den Vorjahren flächenmäßig einiges vorgearbeitet habe. Kontinuität sei wichtig und es dürfe hier nicht gespart werden.

Von Stadtrat Denzer wird auf den Sanierungsstau hingewiesen und darauf, dass man stets einen Schritt hinterher sei. Zudem bringe der Winter neue Straßenschäden. Straßenbauwerke seien in der Datenbank ebenfalls nicht enthalten.

Der Vorsitzende pflichtet den Wortmeldungen bei. Man sei sich der Notwendigkeit der Straßensanierungen bewusst. Hinsichtlich der Brücken werde man dem Ausschuss demnächst eine eigene Datenbank vorstellen.

Sodann nimmt der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales vom Bericht der Verwaltung über den aktuellen Sachstand der Straßendatenbank zur Abschätzung des Mittelbedarfs für die Straßenunterhaltung Kenntnis.

TOP 5

Bericht Fahrradfreundliche Kommune - Radverkehrskonzept

Vorlage: 237/2016

Der Vorsitzende verdeutlicht, dass man keine ideologischen Debatten führen wolle und neutral gegenüber jedem Verkehrsmittel sei. Grundsätzlich gelte es jedoch, den Radverkehr sicherer zu gestalten. Er verweist auf die der Vorlage beigefügten Berichte. Zudem habe man den Modal Split durchgeführt und werde die Ergebnisse bald vorstellen.

Fachbereichsleiter Dullisch stellt die Rahmenbedingungen der Radverkehrsförderung, die Zertifizierung als fahrradfreundliche Kommune, die Wirkungskontrolle Radverkehr und den weiteren Sachstand an Radmaßnahmen vor (Anlage 3).

Stadtrat Escher verweist auf den Charakter der Richtlinien und des Radverkehrskonzeptes des Landkreises. Letztlich entscheide der Lörracher Gemeinderat über die konkrete Ausgestaltung vor Ort. Er wehrt sich gegen die Reglementierung und die dauernden Forderungen zugunsten des Radverkehrs und hält die Verwaltung nicht für neutral eingestellt. Seiner Auffassung nach biete der städtische Verkehrsraum keinen Platz für die weitere Berücksichtigung des Radverkehrs. Konkret benennt er die neuen Fahrradzonen an der Kreuzung Basler-/Obere Riehen-/Dammstraße sowie die Schutzstreifenmarkierung in der Bahnhofstraße. Diese Maßnahmen seien ohne Notwendigkeit und ohne Abstimmung oder Information im Ausschuss umgesetzt worden. In diesem Zusammenhang spricht er auch den Radweg rechts der Wiese an, für dessen Planung der Gemeinderat keinen Auftrag erteilt habe. So treibe die Verwaltung Vorhaben eigenwillig voran. Ggf. müsse der Rat die bereitgestellten Mittel zurücknehmen. Auch die Herstellung einer zweiten Radzählstation koste Geld und müsse erwähnt werden.

Stadträtin Cyperrek bittet einen Blick ins Radverkehrskonzept des Landkreises zu werfen. Die angedachten Maßnahmen dienten der Sicherheit der Radfahrer und geben die Möglichkeit einer weiteren Zertifizierung. Da jeder eine andere Sichtweise habe, spricht sie sich für gegenseitige Toleranz aus. Sie freue sich auf das Radwegekonzept und eine weitere sachliche Diskussion. Sie wünsche sich einen Sachstandsbericht zu den Maßnahmen und eine Aussage zu den Kosten.

Stadträtin Wiesiollek dankt für das geleistete Engagement, bittet aber die Verwaltung mutiger zu sein, mehr zu machen, konsequenter Maßnahmen umzusetzen und hinter

verkehrsrechtlichen Anordnungen zu stehen. Die Fraktion der Grünen begrüße die Radkonzepterstellung und eine Mittelbereitstellung hierfür.

Stadtrat Denzer schließt sich der Auffassung von Stadtrat Escher an. Radfahren beginne im Kopf und sei nicht von Straßenmarkierungen abhängig. Das Fass sei übergelaufen und die Stadt im Einzelnen zu weit gegangen.

Stadtrat Escher ergänzt seine Wortmeldung und verdeutlicht, dass er nicht gegen Pendler Routen sei. Es sei jedoch ausreichend, eine Pendler Route in der Stadt auszuweisen. Hinsichtlich der erwähnten neuen Fahrradzonen an der Kreuzung Basler-/Obere Riehen-/Dammstraße fragt er nach der Zählung der Radfahrer und der Kosten für die Einrichtung sowie der Ampel. In der Bahnhofstraße müsse man aufgrund des begrenzten Verkehrsraumes zwischen dem MIV und dem Radverkehr abwägen. Er könne nicht nachvollziehen, warum Einzelmaßnahmen getroffen wurden und man nicht das Konzept abgewartet habe.

Stadtrat Bernnat bittet um Klarstellung, ob jede verkehrsrechtliche Maßnahme in den Ausschuss müsse, da sonst immer wieder diskutiert würde. Er bestätigt, dass das Radfahren im Kopf anfangen, gleichwohl aber auch von der Infrastruktur geleitet werde. So müsse auch an Kinder und ältere Personen gedacht werden. Der Straßenraum müsse aufgeteilt und auch dem Radverkehr Platz gegeben werden. Über den Umfang könne man reden. Stadtrat Bernnat zeigt sich überzeugt, dass die Zunahme des Radverkehrs ein Zeichen für die vielen Bemühungen der Stadt sei.

Stadtrat Berg merkt an, dass eine gemischte Rad- und Fußverkehrsführung zu Konflikten führe. Hinsichtlich des Radwegs rechts der Wiese erinnert er an den Ratsbeschluss, die Planungen weiter zu verfolgen.

Stadtrat Lindemer bedauert die Frontenbildung. Er hält es für wichtig, dass alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen gefördert würden, ohne den Autoverkehr zu schwächen.

Der Vorsitzende nimmt zu den Wortmeldungen Stellung und weist eine Aushebelung der Zuständigkeit des Ausschusses und ein eigenmächtiges Handeln der Verwaltung von sich. Man halte die rechtlichen Vorgaben ein und stimme die verkehrlichen Anordnungen immer mit der Verkehrspolizei ab. Künftig werde man den Ausschuss besser über größere Maßnahmen informieren. Sofern der Stadt Zahlen vorliegen würden, werde man diese mitteilen. Er bezweifelt dies jedoch, da viele Radfahrer den Gehweg nutzen würden. Mit der getroffenen Maßnahme wolle man die Möglichkeit einer sicheren Straßennutzung bieten. Den Räten stehe es frei die Höhere Verkehrsbehörde anzufragen, wenn Bedenken gegen das rechtmäßige Handeln der Verwaltung bestünden. Hinsichtlich des Radwegs rechts der Wiese verweist er auf den abgelehnten Antrag auf Einstellung der weiteren Planungen und damit auf die Fortführung von Planungen.

Fachbereichsleiter Dullisch verspricht die Nachlieferung der angefragten Kosten und merkt an, dass die Maßnahmen nur gefördert werden, wenn diese dem Stand der Technik

entsprechen. Für den Stand der Technik gibt es übergeordnete Planungsgrundsätze die bei der Planung berücksichtigt wurden.

Stadtrat Wernthaler kritisiert die Art und Weise der geführten Diskussion und Stadtrat Glattacker votiert für ein Ende der Diskussion.

Stadtrat Escher hält es für nicht rechtens, dass ohne vorliegende Zahlen und tatsächliche Probleme die Fahrradzonen in Stetten eingerichtet worden seien. Zudem liege kein Gesamtkonzept vor und man befinde sich in Zeiten der Haushaltskonsolidierung. An Richtlinien fühle er sich nicht gebunden, da diese keinen Gesetzescharakter haben. Des Weiteren bedauert er, dass keine Sitzungen der Verkehrskommission IVK mehr stattfinden, da in dieser Vertreter aller Verkehrsforen eingebunden seien.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion. Die Meinungen würden stehen und man habe alle Argumente ausgetauscht.

TOP 6

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

6.1 Schulentwicklungsplanung

Der Vorsitzende berichtet, dass die drei Absichtserklärungen zwischenzeitlich an das Regierungspräsidium gegeben wurden.

6.2 Velöhalle

Der Vorsitzende verweist auf die Anfrage aus der letzten Ausschusssitzung zu den Kosten der Velöhalle. Er veranschaulicht die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Halle (Anlage 4). Die Velöhalle habe im Anfangsjahr 2014 ein Defizit von ca. 10.000 EUR und in den Folgejahren von jeweils ca. 20.000 EUR erwirtschaftet. Bei dem größten Kostenblock handle es sich um die Abschreibungen von ca. 20.500 EUR.

6.3 Aktionstag Feuerwehr

Der Vorsitzende wirbt für den Aktionstag aller Feuerwehrgerätehäuser des Landkreises am 11. Februar 2017, von 10 bis 14 Uhr, für den zudem Flyer verteilt wurden.

6.4 Grünpfeil

Fachbereichsleiter Dullisch informiert über die Einrichtung eines Grünpfeiles an der Ampelanlage Grabenstraße/Bahnhofstraße (Hebelpark). Die Regelung werde zunächst als Probetrieb getestet.

6.5 Gehwegsperrung

Fachbereichsleiter Dullisch berichtet von der Fortsetzung der Baustelle an der Brühlstraße (Parkplatz Penny) ab der nächsten Woche. Aufgrund des gefährlichen Baustellenverkehrs sowie des Platzbedarfs für die Lagerung von Baumaterial, werde der Gehweg an der Brühlstraße für die Fußgänger gesperrt. Ein Notgehweg konnte wegen der Situation beim Bahnübergang Baumgartnerstraße nicht eingerichtet werden, weil der Verkehrsabfluss beim Bahnübergang immer gewährleistet werden müsse. Es entstehe somit für die Fußgänger eine Umwegstrecke von 70 m bzw. 180 m. Die Sperrung des Gehwegs wird bis Ende 2017 dauern.

6.6 Brückensanierung

Fachbereichsleiter Dullisch informiert, dass Schäden im Bereich der Übergangskonstruktion an der Brücke Eisenbahnstraße festgestellt wurden und Sanierungsmaßnahmen erforderlich seien.

TOP 7

Allgemeine Anfragen

keine

TOP 8

Offenlegungen

Der Ausschuss nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 8.1. Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am Donnerstag, 12. Januar 2017
- 8.2. Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Stadtgrün und Friedhöfe am Donnerstag, 12. Januar 2017
- 8.3. Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Stadtwerke am Donnerstag, 12. Januar 2017

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Dr. Wilke

Urkundspersonen:
(Unterschriften werden nachgeholt)

Schriftführung:
gez. Heinze